

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei den...  
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Verleger: Kurt Roden 2894 und 2896.

Interate fallen bis auf weiteres...  
Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19  
Gedruckt bei: Kurt Roden 2768

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Appell an die Bajonette.

## Der Wunsch der Rechtssozialisten.

Aus der gestrigen Versammlung der rechtssozialistischen Parteifunktionäre und Arbeiterräte ist noch nachzutragen, daß Herr Erwin Barth, ein Redakteur des „Vorwärts“, noch viel härter an die Gewalt der Waffen appelliert, als wir heute morgen nach dem uns zugegangenen Bericht mitgeteilt haben. Der Bericht des „Vorwärts“ enthält diese Stelle der Rede in folgender Ausführung:

Die grobe Strafe, auf der wir gesichert zum Aufbau der gemäßigten deutschen Volkstrait schreiben, muß entschlossen gegen rechts und links, wenn es sein muß mit scharf geschliffenen Bajonetten umfaßt werden. Und wer dagegen anrennt, trägt selbst die Schuld, wenn er Schaden leidet. (Zustimmung.) Ob hoch, ob niedrig, alles muß sich jetzt in den Dienst des Volkes stellen, und wer es nicht freiwillig tut, der muß gezwungen werden. Man mag sich wundern, daß ein Sozialdemokrat so redet, aber ich sehe keinen anderen Ausweg.

Dieser gleiche Vorbehalt ist auch Mitarbeiter der „Reichswehr“, des Organs der Regierungstruppen. Vor einigen Tagen, in der Nummer vom 23. August, schrieb er folgendes über die Lage in Oberschlesien:

Wenn der Freiheit, der in Deutschland die Gasse geobnet worden ist, in Oberschlesien jetzt der von harter Faust ausgeübte Zwang, die Unfreiheit folgt, so tragen die alleinige Schuld daran die Unabkömmlichen und Spartaisten. Bei ihnen kann sich die Bekämpfung bekämpfen.

Mit wie wenig Sachkenntnis dieser Herr ausgerüstet ist, wenn man nicht annehmen will, daß er sich der absichtlichen Lüge bedient, geht aus einem Bericht hervor, den die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, also gewiß kein „Spartaisten“-freundliches Blatt, und das auch für die unabhängige Sozialdemokratie alles anderes denn Wohlwollen hat, über die Verhandlungen der Entente-Kommission in Oberschlesien in ihrer heutigen Morgenausgabe bringt. Es heißt darin, daß der Kommission zahlreiche Material vorgelegt worden sei, das die Teilnahme regulärer polnischer Truppen an den Einsäufen in das ober-schlesische Gebiet beweise. Wörtlich wird in dem Bericht dann gesagt:

Es wurde besonders Wert darauf gelegt, daß der Zustand polnischer, nicht spartaistischer Ursprungs war.

Herr Barth könnte sich allerdings bei seiner Darstellung der Ereignisse in Oberschlesien darauf berufen, daß Herr von Rüttwisch in seiner Verbotshandlung an die „Freiheit“ behauptet, daß der Zusammenhang der von der „Freiheit“ unterstützten kommunistischen Elemente mit den Polen besteht. Und was der General von Rüttwisch sagt, das muß einem „Vorwärts“-redakteur heilig sein.

## Die vollendete Demokratie.

Die „Freiheit“ erscheint unter dem Belagerungsstand und unter Verbotshandlung.

### Die einzige kritische Stimme.

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt zu dem Verbot neuer Tageszeitungen:

Wir haben bereits in unserem gestrigen Abendblatt mitgeteilt, daß alle Flugblätter vor ihrem Druck einer Bekanntmachung des Oberbefehlshabers Roste dem Oberkommando vorgelegt sind. Die unserer Kulturamtlichen abträgliche Pogromsache der Antisemiten macht gewiß außerordentliche Abwehrmittel notwendig, aber es geht nicht an, nun zu den allen Reichsbürgern der Zensur zurückzuführen. Schon darum nicht, weil das mit der neuen Reichsverfassung unvereinbar ist. In dieser wird bestimmt, daß das Wort in Rede, Bild und Schrift frei ist, und daß eine Zensur nicht stattfindet. Selbstverständlich gelten auch die allgemeinen Strafgesetze und bieten eine ausreichende Handhabe, den traurigen Verbrochenen beizufolgen.

### Verstärkte Deke.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt zu der Verbotshandlung:

Wir müssen sagen, daß wir doch etwas verdrübt sind, angesichts der ungeheuerlichen Tatsache dieser „Warnung“ an die „Freiheit“. Die Regierung entschließt sich nicht, ein redaktionelles Blatt ohne bestimmte Angabe des antichristlichen Artikels schlanweg zu verbieten und findet danach den traurigen Mut, auf die gemein-

sährlichen Schreien der „Freiheit“ mit dieser frengelassenen Mahnung zu quittieren. Die Regierung hätte besser getan, auch weiterhin mit Ironie und insoweit gerichtetem Blick über das Treiben der „Freiheit“, an die sie sich nicht heranzugt, hinwegzusehen. Die heutige, gewundene Drohung aber muß das unglückselige Kabinett auch in den Augen seiner bisherigen Anhänger vollends lächerlich machen.

Für die ganze Trostlosigkeit unserer Zeit bezeichnend ist die traurige Tatsache, daß ein noch im Dienst befindlicher preussischer General seinen Namen zu derartig unächtigen Schergen hergibt.

### Die Regierungsparteien harmonisieren.

Das Zentrumsorgan „Germania“ fordert schärferes Vorgehen gegen den Vollzugsrat und bemerkt zu den neuen Verfügungen des Belagerungsstandes:

Den Ernst der Lage verkennet auch unsere Regierung nicht. Ihr sozialdemokratischer Teil — und das ist bekanntlich die überwiegende Mehrheit — hat sich bisher durch eine bedauerliche große Schwäche gegenüber der Opposition von links ausgezeichnet. Es scheint aber nicht ganz ausgeschlossen, daß man auch in diesen Kreisen mit der Zeit erkennt, wie nur die Entwicklung einer vollen Energie die Gefahr bannen kann, die fortgesetzt von links unser erschüttertes Vaterland bedroht. Wenn Roste heute dazu übergegangen ist, durch ein Verbot neuer Tageszeitungen, durch das Verbot der Verbreitung von Flugblättern sowie durch eine neue Einschränkung des Verbotes, Schutzpatronen zu kaufen oder zu verkaufen, die radikalen Vorbereitungen eines neuen Bürgerkrieges zu stören, so kommt er damit reichlich spät, aber, wie wir hoffen wollen, noch nicht ganz zu spät.

### Das Schandblatt

der „Vorwärts“ klagt.

### Noch etwas von der Pressefreiheit.

Der „Kämpfer“, das kommunistische Organ für Chemnitz, erhielt folgende Zuschrift:

Nachdem durch Bekanntmachung des sächsischen Gesamtministeriums vom 18. April 1919 über das Gebiet des gesamten Freistaates Sachsen der Belagerungsstand erklärt und die Bestimmungen der Gesetze über die Presse bis auf weiteres außer Kraft gesetzt worden sind, wird das Erscheinen der in Chemnitz herausgegebenen Zeitung der „Kämpfer“, Organ der kommunistischen Partei, bis auf weiteres verboten.

Das Verbot gründet sich darauf, daß in dieser Zeitung, insbesondere in verschiedenen Artikeln der Nr. 165 vom 21. August 1919 gegen die Regierung sowohl wie gegen die Reichswehrtruppen gehetzt wird und beide in groblicher Weise beschimpft werden.

Unterzeichnet ist dieses Verbot von einem Generalmajor und einem Beauftragten der Regierung.

Es geschähe im demokratischen Lande der Welt, im Lande der Press- und Meinungsfreiheit!

### Ebert und Roste auf Reisen.

München, 27. August.

Die Telegraphen-Anion meldet: Ihrem Austrittsbesuch in München werden Ebert und Roste die in Württemberg, Sachsen und Baden folgen lassen. Nach ihrem Erholungsurlaub in den bayerischen Bergen wollen sie sich zunächst nach Stuttgart begeben. Einiges Bestimmtes erregt es, daß Roste dem kriegsbedingten bayerischen Militärminister Schneppenhörn, der im Verdacht stand, mit der Räteregierung etwas mehr als patriotisch geliebte Augen zu haben, Anerkennung für seine Geschäftsführung aussprach. Andererseits äußerte Ebert dem Hauptkrisenleiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ gegenüber sein Erstaunen, daß München und Bayern sich die bekannten Auswüchse der Revolution so lange hatten gefallen lassen.

### Die zaristische Mörderliga in Stockholm.

Stockholm, 26. August.

Wie die schwedische Presse meldet, ist nunmehr einwandfrei festgestellt, daß der Rosalensoberst Radjehow, der Führer der antirevolutionären Rörerbände, die sich gegenwärtig vor dem schwedischen Gericht zu verantworten hat, in Beziehungen zu dem russischen General Judenitsch stand. Die schwedische Polizei erließ sodann gegen einen Dänen, namens Barsen, einen Verhaftungsbefehl, weil er Seineje Radjehowes an Judenitsch förderte hat.

## Der Aufstand der Eisernen Division.

Was zu erwarten war, ist eingetreten. Der fortgesetzte Schwindel mit dem Siedlungsrecht der deutschen Soldaten in Kurland hat zu dem Ergebnis geführt, daß deutsche Truppenanteile in Riga, die in Erfüllung des Friedensvertrages das Land räumen sollen, der Regierung den Gehorsam verweigern und mit bewaffneter Hand gegen die lettischen Truppen vorgehen.

Der in unserer heutigen Morgenausgabe auszugsweise wiedergegebene offizielle Bericht teilt den Wortlaut der Kundgebungen mit, die von einer angeblichen Delegiertenversammlung der Truppen in Riga beschlossen und an die Regierungshauptstellen gebracht worden sind. In diesen Kundgebungen wird erklärt, daß die reichsdeutschen Truppen unter allen Umständen an der Forderung des Siedlungsrechtes in Lettland festhalten und beabsichtigen haben, im Lande zu bleiben. Die Soldaten der lettischen Barone beschließen sich aber nicht auf diese Forderungen, sie sind auch zur Ablehnung gegen die Verfügungen der Reichsregierung übergegangen. Der amtliche Bericht, der bereits am 25. d. Mts. in Riga ausgegeben war, aber erst gestern abend durch Wolffs Bureau verbreitet wurde, sagt darüber folgendes:

Im Zusammenhang mit der Räumung des Baltikums war auch die Rückverlegung des 4. Reservekorps angedacht, und der Kommandierende dieses Korps, Graf von der Goltz, hatte Befehl, nicht mehr nach Riga zurückzukehren. Als Graf von der Goltz am 24. von der Gehorsamsverweigerung eines Teils der Truppen erfuhr, hielt er sich verpflichtet, auf eigene Verantwortung nach Riga zurückzukehren. Infolge der Unruhen kam es leider in Riga auch zu Zusammenstößen mit lettischem Militär, wobei zwei lettische Kompanien ergriffen und die lettische Kommandantur geplündert wurde. Graf von der Goltz hat in einem Schreiben an den lettischen Oberbefehlshaber dies gemißbilligt, sein Bedauern ausgedrückt, eine eingehende Untersuchung beschleunigt und angeordnet, daß die weggenommenen Waffen wieder zusammengebracht würden. Graf von der Goltz hat weiter einen Befehl an die Truppen erlassen, in dem die Wiedereingebung der Truppen gegen den Befehl der Regierung gemißbilligt wird.

Die Regierung hat Verständnis für die Mißstimmung, die unter den Freiwilligen herrscht, die sich nur deshalb anwerben ließen, weil sie auf Anstellung im Baltikum hofften, aber sie hat nicht die Hochmittel, die Wünsche der Truppen zu erfüllen. Die Regierung erwartet aber von den im Baltikum kommandierenden Truppenführern, daß sie die Truppen über die verhängnisvollen Folgen ihrer Disziplinlosigkeit aufklären und zum Gehorsam zurückbringen werden.

Aus Melem Bericht geht zunächst hervor, daß Graf v. d. Goltz, der Hauptkrisenleiter der fortgesetzten Wirren in Kurland, endlich den Befehl erhalten hatte, nicht mehr nach Riga zurückzukehren. Diese Mitteilung deckt sich mit den Angaben, die uns bereits in der vorigen Woche aus Melem zugingen, die wir aber in Erwartung des offiziellen Abschlußbeschlusses nicht veröffentlichten. Eine solche offizielle Mitteilung ist nicht erfolgt, vielmehr ist Graf v. d. Goltz aus eigener Machtvollkommenheit nach Riga zurückgekehrt, angeblich, um seinen Einfluß auf die renitenten Truppen geltend zu machen. Man beachte aber die Reihenfolge der dort eingetretenen Ereignisse. Am 24. d. Mts. ist Graf v. d. Goltz nach Riga zurückgekehrt. Am demselben Tage hat die angebliche Delegiertenversammlung der Truppen in Riga getagt, die der Regierung offen den Gehorsam verweigerte. Und am 25. d. Mts. wird aus Riga über Zusammenstöße der aufständischen deutschen Truppen mit den lettischen Truppen berichtet. Allerdings hat Graf v. d. Goltz in einem Korpsbefehl an die Truppen diese Vorgänge gemißbilligt. Aber man kennt den Wert dieser Mißbilligungen und man weiß, daß Graf v. d. Goltz sowohl beim Sturz der lettischen Regierung am 16. April wie bei allen früheren Unternehmungen gegen das lettische Volk seine Hand mit im Spiele gehabt hat.

Auf Grund unserer genaueren Kenntnis der dortigen Verhältnisse können wir mit aller Bestimmtheit erklären, daß seine Ruhe in Ausland eintreten wird, bevor Graf v. d. Goltz mit seiner Offiziersliege aus Kurland

WUTTE UND WIRD. Diese Forderung ist vom lettischen Volk und insbesondere von unseren lettischen Genossen seit Monaten erhoben worden. Aber sowohl der rechtssozialistische Parteivorstand wie die Regierung haben ein unwürdiges Spiel in dieser Frage getrieben. Schon am 30. Mai hat der rechtssozialistische Parteivorstand die Abberufung des Grafen v. d. Goltz befürwortet. Der damalige Parteivorstandende, Hermann Müller, hat am 31. Mai in einem Briefe an Gumbmann die sofortige Abberufung und Verhaftung des Grafen v. d. Goltz versprochen. Das hatte aber den Minister des Reichens, Hermann Müller, nicht gehindert, den Grafen v. d. Goltz auf seinem Posten zu belassen und ihn noch in seiner Note vom 15. August an die Entente energisch in Schutz zu nehmen. In dieser Note heißt es, daß dem Verlangen der Entente nach Abberufung des Grafen v. d. Goltz nicht entsprochen werden könne, und ebenso wird darauf hingewiesen, daß die bis zum 30. August angeordnete Räumung Lettlands von den deutschen Truppen nicht möglich sei.

Nach dem Bericht des Ministeriums des Reichens können sich nur politische Kinder darüber wundern, daß die deutschen Truppen in Kurland der Regierung den Gehorsam verweigern und neue Wirren im Lande entfesseln. Auch die gestrige offizielle Mitteilung, die über die Vorgänge in Riga berichtet, läßt deutlich erkennen, daß die Regierung das Borgehen der ausständischen Soldaten als durchaus berechtigt anerkennt und ihnen nur deshalb empfehlend, den Räumungsbefehl durchzuführen, weil ihr augenblicklich die Nachmittel fehlen, die Forderungen der Truppen durchzuführen.

Namentlich die Frage des Siedlungsrechtes im Baltikum wird in dem offiziellen Bericht in völlig irreführender Weise behandelt. Der Minister des Reichens, Müller, hat in seiner Weimarer Rede selbst eingesehen, daß für die Ansiedlung der Truppen in Kurland keine rechtliche Grundlage vorliegt. Ebenso hat der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Riga, Erich Schröter, noch in der Montagnummer der „Frankfurter Zeitung“ festgestellt, daß die Lettlandkämpfer einen Siedlungsanspruch an den lettischen Staat rechtlich nicht haben. Diese Frage sei über Entwürfe und Vorbereitungen nicht hinausgediehen. Es ist deshalb eine Fälschung, wenn die Delegiertenversammlung der Truppen in Riga von einem „durch Vertrag verbrieften Recht auf Vergrößerung und Siedlung in Lettland“ spricht. Ein solches Recht besteht nicht, und die amtlichen Stellen machen sich einer Verfälschung der Öffentlichkeit schuldig, wenn sie eine derartige Rundgebung ohne ein Wort der Kritik passieren lassen.

Es ist aber keineswegs Unachtsamkeit oder Nachlässigkeit der amtlichen Stellen, die dieses unwürdige Spiel beauftragt. Das Siedlungsrecht der deutschen Soldaten in Lettland ist der wichtigste Programmpunkt jener militärischen Verordnungen und ihrer feudal-monarchistischen Hintermänner, die Lettland und Litauen in einem Aufmarschgebiet der deutschen Konterrevolution machen wollen. Es ist vor kurzem eine Denkschrift von August Kritz v. Ja. gefunden worden, worin das 6. deutsche Kavalleriekorps — das alte Korps, das jetzt dem Gehorsam verweigert — die Gründung einer Propagandastelle ankündigt, um die deutschen Soldaten darauf hinzuweisen, daß Lettland unter allen Umständen gehalten werden müsse als Kolonisationsland für die zurückkehrenden 800 000 Kriegesgefangenen. Dieses Ziel war es natürlich nicht allein, das zu der Siedlungspropaganda veranlaßte. Daneben steht die Erhaltung des deutschen Großgrundbesitzes in Kurland im Vordergrund, für die die angesiedelten deutschen Soldaten und Kriegesgefangenen nur eine Schutztruppe gegen die lettischen Bauern und Landarbeiter bilden sollen. Auf Kosten der lettischen Bauern und Landarbeiter soll der deutsche Großgrundbesitz aufrechterhalten und Lettland in eine deutsche Kolonie verwandelt werden.

Wir haben in den letzten Monaten in Deutschland be-

obachtet können, mit welcher raffinierten Mitteln diese Propaganda ins Werk gesetzt wurde. Tausende deutscher Soldaten sind unter wissentlich falschen Vorspiegelungen, unter Verprechung von Land und Geldprämien nach Lettland gelockt worden. Ebenso ist nach der notgedrungenen Einstellung der Werbungen für die baltische Landeswehr dieselbe Propaganda für die Anwerbung deutscher Soldaten für die russischen Weissen Garden betrieben worden. Dieses Treiben wird noch jetzt fortgesetzt. Es ist höchste Zeit, daß die Öffentlichkeit endlich entschieden gegen diese Machenschaften Stellung nimmt. Denn die Wirren, die jetzt in Kurland ausgebrochen sind, könnten sonst der Anfang neuer Komplikationen sein, die die innere und äußere Politik Deutschlands auf das schwerste gefährden.

## Die Schmach der Deportationen.

In Nr. 400 der Freiheit kennzeichneten wir neben anderen Verbrechen der deutschen Kriegsführung die unauflösliche Schmach der Deportation französischer und belgischer Frauen und Mädchen. Ueber diese Barbarei bringt jetzt unser Solinger Parteiblatt „Vergeltung Arbeiterstimme“ folgenden Bericht eines Kriegsteilnehmers, der Zeuge der Vorgänge in Lille gewesen ist:

Schon Anfang April 1916 wurde man in Lille von Deportationen junger Frauen und Mädchen, im Alter von 15 bis 30 Jahren. Da ich in Lille gut bekannt und in einigen Familien dort gern gesehen war, interessierte mich die Sache. Am 12. April rief mich ein Beehl von meinem Kommando zurück nach Lille, und hier sollte ich nun mit eigenen Augen Zeuge dieser furchtbaren Vorgänge werden, der sich da unsere Herrschaft schuldig machte.

Bei meiner Ankunft in Lille merkte ich gleich an den erregten Gemütern der Zivilbevölkerung, daß etwas im Gange war. Am mich aber näher zu informieren, ging ich zu einer befreundeten Familie. Dort empfing man mich mit Mitleid und Wohlwollen und Geschimpfe über die brutalen Deutschen, die sich nicht scheuten, wehrlose Frauen und Mädchen zu deportieren, um irgendwo hinter der Front Kriegesarbeit zu tun. Warum man sich nicht mit den wehrfähigen Männern begnüge, und jetzt noch Frauen zwänge, Frontdienste zu tun. Obwohl ich mein Innerstes empörte, helfen konnte ich den armen Leuten jedoch nicht. Wohl habe ich die Tochter von 21 Jahren, die auch jeden Tag geflohen sein mußte, geflohen zu werden, durch Bekannte bei der Militärpolizei losbekommen, was mir den ewigen Dank der braven Leute eingetragen hat.

Bei den Deportationen wurde systematisch vorgegangen. Durch Anschlag wurde bekanntgemacht, vor einem gewissen Zeitpunkt frühmorgens dürfe keiner die Wohnung verlassen. Dann kam die Militärpolizei und sperrte die Straßenabgänge mit Maschinengewehren ab. Andere Polizeimannschaften gingen in die Häuser und befohlen den Kerntischen, das Notwendigste zusammenzubringen und sich auf die Straße zu begeben. Es spielten sich nun herzzerreißende Szenen ab, und das Schreien und Wehklagen war weithin zu hören. Von meinem Posten aus konnte ich sehr gut beobachten, wie die armen Leute mit einem kleinen Bündel unter dem Arm oder einem Paket oder Sack auf dem Rücken, unter heißen Tränen Abschied nehmend von ihren Lieben, um den Soldaten in unbestimmte Gegenden zu folgen. Mit Gewalt rief man an einzelnen Stellen die armen Menschen von der Seite ihrer Lieben, und manche Faust erhob sich drohend gegen die brutalen Deutschen. Auch ich wurde gifft angefaßt, obwohl ich meine innere Erregung kaum bemerken konnte. Willen hätte ich mögen und das furchtbarste Strafgericht auf die Herausfordernden, die solches Mord angerichtet. Ja, es waren nur Frauen und Mädchen, die dort zusammengetrieben wurden und von Militärpolizeimannschaften unter Gewehr nach Lille-Südosthof gebracht wurden. Dort wurden sie im Viehwagen — teilweise waren es auch Kistenwagen — verpackt. Zwei oder drei Soldaten setzten sich zur Bewachung mit in jeden Wagen, und so fuhren die jammernden und schluchzenden Entschiedenen einem ungewissen Schicksal entgegen.

Später habe ich über Belgien, einige von diesen Mädchen unter unserer Front zu treffen, z. B. in den Orten Quiry la Motte und Juy; diese Orte lagen 12 Kilometer hinter unserer ersten Linie und waren wegen der großen Gefahr sehr gut nicht bewohnt; lediglich unsere Soldaten hatten es sich in den noch einigermaßen erhaltenen Häusern bequem gemacht. Hier kauften nun auch diese armen Mädchen; sie lachten und wuschen für die Soldaten, wieder andere taten Feldarbeit. Alle saßen wohl auf dem Boden, aber sie beklagten sich nicht, daß man sie so nahe an der Front beschäftigte. Die feindliche Artillerie schloß nämlich sehr oft hierher, von den vielen Fliegerüberfällen gar nicht zu reden. Unsere Soldaten lobten sie sehr, sie halfen ihnen über die Schützlinge hinweg, müßigten oder spielten mit ihnen. Jedoch dem Kommandeur le Commandant gingen sie weit aus dem Wege, der suchte ihnen zu sehr mit der Weisheit Bescheid zu tun. Sechs lange Monate nun blieben diese armen Slawinnen in der Gefangenschaft, alsdann wurde es ihnen freigestellt, wieder zurückzugehen.

Der Haß und die Ent der geknechteten französischen Völker sind zu verstehen, jedoch das deutsche Volk ist unschuldig, es mußte nichts von den schandvollen Handlungen. Es würde nun nicht schändlicher, als daß recht bald alle Schuldigen abgeurteilt werden, damit wieder ein neuer Weg gefunden wird zu vollkommener Verständigung aller Menschen.

In diesem Wunsche der Aburteilung der Schuldigen an den Kriegsverbrechen sind wohl alle einig, denen die kulturelle Wiedergeburt Deutschlands und der Aufstieg des deutschen Volkes am Herzen liegt. Die Wehrheitsparteien der Nationalversammlung haben es allerdings damit nicht eilig. Haben sie doch noch kurz vor Schluß der Session den Beschluß gefaßt, den von der Regierung beantragten außerordentlichen Staatsgerichtshof nicht einzulernen und statt dessen von der Regierung die Vorlage eines Gesetzes zur Einsetzung eines ordentlichen parlamentarischen Staatsgerichtshofes zu fordern. Diese Forderung soll natürlich nur die Ablehnung des Staatsgerichtshofes maskieren, den die Wehrheitsparteien nicht minder fürchten, wie die Ludendorff, Helfferich, Schöell und Konsorten.

## Kohlennot und Binnen-schiffahrt.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Anschließend an Ihren Artikel in der Sonnabend-Abendausgabe über die sogenannte „Kohlenkatastrophe“ gestalte ich mir, Ihnen anliegend einige Zahlen über die gewaltigen Kohlenverbräuche in den Grubenbezirken der Ruhr und Oberschlesien sowie Nieder-schlesien zu übermitteln. Diese Zahlen tragen an sich ein Charakter, sind zusammengefaßt beim Reichskohlenkommissar.

Steinlofenbezirke:

Bezirk	Bezahl 12. S.	1915 877 t	Kohle	=	9 120 Waggons
Oberschlesien	201 877 t	Ruhr	=	20 201 "	
	7 824 t	Walden	=	623 "	
Nieder-schlesien	2 824 250 t	Kohle	=	30 453 "	
	10. S.	13 642 t	Nahrung und Gashohle	=	900 "
		25 803 t	Ordnung	=	1 724 "
		1 000 000 t		=	72 000 Waggons

Es hätten also über 72 000 Waggons gestellt werden müssen, um die Gesamtbestände an Kohlen, Holz, Braunkohle den Verbrauchern im Lande zuführen zu können. Diese enorme Leistung kann die Eisenbahn nicht bewältigen, weil es vor allen Dingen an Jungkraft (Lokomotiven) mangelt.

Wie Sie in Ihrem Artikel ganz richtig bemerken, liegen in Gohel-Ober-schlesien, der hauptsächlich für den Bedarf aus Ober-schlesien in Frage kommt, tausende von Tonnen Braunkohle brach und warum werden die Abhau nicht betrieben? Warum wird der „Brennstoff“ der Kohlen nicht geschickt? Weil durch die höheren Wasserständen die Profitinteressen des Grubenkapitals und der Kohlengrubenbesitzer gefährdet würden. Die Kohlen steilen einfach bei den Gruben liegen, weil es den Herren Interessenten nicht beliebt, die Wasserstände zu heben. Und was tut die Regierung? Nichts und energielos schaut sie diesem Treiben zu und läßt so das Land der Katastrophe entgegenziehen. Unerreicht die ministerielle Verfügung bestimmter Verwaltungs-gungen, durch die eine künstliche Erhöhung und ein künstliches Mehrertrag gesichert werden sollte. Die ältere Kritik, die Dezentral an den Staatsherrn ist, klingt, als wäre sie eben erst geschrieben. Die Direktoren der Stadttheater sind — man darf sich darüber nicht täuschen — nichts anderes als Industrielle Unternehmungen. Die Magistrat oder die Regierungspolizei, denen sie jetzt die dramatische Kunst in den Provinzen unterwerfen ist, haben daher auch ihre höchste Forderung an den Direktor, bei Uebergabe des Theaters, in seine Zahlungs-fähigkeit.

Hä die Orte, die kein Stadttheater besitzen, ist Dezentral endlich die Schaffung von Wanderschauspielen vor, von denen jedes vom Staate einer bestimmten, nicht zu kleinen Zahl als aus-schließliches Versorgungsrecht zugewiesen erhalten sollte; die Verleihung des Privilegs an sie sollte auch hier an bestimmte, der künstlerischen Qualität der Leistungen verknüpfte Bedingungen geknüpft sein, und auf Verweigerung hin sollte die Abgabe bestehen, einer Truppe ihr Privileg zu nehmen oder sie in einen anderen Bezirk zu versetzen.

## Zeitbild.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Seit heute die Spinnmaschinenwerke über den Grenzwall von Sandberg nach Charlottenburg zu ziehen, haben wir Arbeiter mit kleinen Pelzjackets und anderen oft recht wackeligen Kleidern, hochbeladen mit aufgerollten Stullenholz, welches zum Teil schon angefaulen ist, gehen zum Holzstapel, oder zum Holzhaufen. Fröhlich, daß man etwas Brennholz für den Winter ergattern hat, als Ersatz für die fehlenden Dreifüßler. Männer und Frauen der Arbeit sind, die ihr Tagewerk in der Fabrik, aus dem Tag oder mehreren selbst haben und nun nach Pelzjackets und Stullenholz sind in den Wald, um Stullen zu roden und zu spalten. Eine schwere, schwere Arbeit ist es, daß man nicht nur Holz, sondern auch Holz hat, wenn der Arbeiter hat und der Arbeiter hat, der vor der Tür ist. Wir sind eben ein armes Volk, durch den Krieg geworden und müssen alle hart schaffen, um wieder zusammen zu kommen, so über man es alle Tage sagen, und besonders wird es so dem arbeitenden Volk aus dem Herz gelegt. Also selbst Stullen gebuddelt.

Den Sandberg entlang treiben Männer und Frauen unter

## Das neue Theater.

### Zwei Schriften zur Theaterreform.

L

Bei der Bedeutung die das Theater als Kulturfaktor besitzt, ist es nur natürlich, wenn jede revolutionäre Umgestaltung, jede Verwirklichung der sozialen und politischen Forderungen, auch — und nicht an letzter Stelle — Wünsche und Bestrebungen des Theaters, seinen herkömmlichen Betrieb zu revolutionieren. So stehen wir seit dem 9. November des vorigen Jahres mitten in lebhaften Erörterungen des Problems, das alle Gesellschaftstheater auf eine neue Basis zu stellen, einen neuen Geist in ihm lebendig zu machen, die Kräfte, die ihm innewohnen, zu sehr viel intensiver und ergiebiger Wirkung zu bringen, Organisation und Leistungen — eines bedingt das andere — auf eine höhere Stufe zu heben.

Zwei Vorschläge, die sich mit diesem Thema befassen, verdienen hier namentlich unser Interesse.

Die eine ist von dem, weil sie bemerkt, daß nicht erst „unser“ Revolutionäre Bemühungen nach einer Theaterreform notwendig; es handelt sich hier um den Kern der Theaterreform, die bereits auf das christliche Alter von mehr denn sechzig Jahren zurückgeht. Eduard Devrient, der große Geschichtschreiber der deutschen Schauspielkunst, verfaßte sie 1848 als Denkschrift für den damaligen Vorgänger von Konrad Heine, den preussischen Kultusminister Labenz. Das Verdienst, jenes Angst beruhende kleine Werk wieder ans Licht gezogen zu haben, gebührt R. O. Döbner, der Dank für die Wiederherausgabe der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger trägt. Aber nicht nur als Beweis, daß auch die Revolution von 1918 bereits erhebliche Fortschritte zur Verwirklichung einer grundlegenden Theaterreform hervorrief, verdient die Schrift Devrients — sie führt den Titel: „Das Nationaltheater des Neuen Deutschlands“ — die Aufmerksamkeit weiterer Kreise. Was Devrient schreibt, mutet in vielen Stellen durchaus modern an. Allerdings einiges wirkt antiquiert, manche Einzelheiten können Widerspruch herausfordern. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß hier eine Schrift, die vor mehr als hundert Jahren verfaßt wurde, Probleme behandelt, die heute noch durchaus aktuell sind, und dabei zu einer Reihe praktischer Vorschläge gelangt, die durchaus der Beachtung wert erscheinen.

Sozialistische Gedankengänge spielten in der Revolution von 1848 erst eine sehr geringe Rolle; es war im wesentlichen eine

bürgerlich-demokratische Revolution. So kommt denn das Wort Sozialismus in Devrients Denkschrift nicht vor. Aber was es fordert, liegt doch in der Richtung einer Sozialisierung des Theaters, wenn auch nicht die letzten Konsequenzen gezogen werden. Die Kunstpflege darf nicht Sache des bloßen Geschäftsbetriebes sein; sie bedarf staatlicher Regelung, erklärt bereits Devrient mit Recht. Alles, was die Menschheit bilden und bereichern soll, muß vom Staate gefaßt, vom bloßen Erwerbe unabhängig gemacht werden; das gilt von der Kunst, wie von der Schule und Kirche. ... Privatindustrie, in Verhältnissen wie in selbständigen Unternehmungen, kann bei den Bedingungen unserer Zeit dem Theater kein höheres Gebot bringen; ohne den Rückhalt kräftiger Gebildung, welche den Bühnen Unabhängigkeit von der geldbringenden Menge sichert, ist ihre Förderung nach reinen Grundfäden unmöglich. Was man bedenken begehren haben, daß diese Kunstpflege und Kirche in eine Kirche gestellt werden; man wird Devrients in anderem Zusammenhang geäußerte Auffassung abwehren müssen, daß die Bühnen berufen wären, Güter und Verdienste bestimmter „Staatsmagazine, Eigenschaften einer bestimmten, abgestimmten „Form“ zu sein. Aber wenn er erklärt: „Man darf das Theater nicht länger als eine bloße Vergnügungs- und Industriefabrik betrachten“, so ist das sicherlich ein Grundsat, von dem jede wirkliche Theaterreform ausgehen muß.

In seiner praktischen Anwendung erhob Devrient schon 1848 die Forderung, die heute endlich, durch die Novemberrevolution von 1918, verwirklicht worden ist: zu verlagerte die Umwandlung der Hoftheater in Staatstheater. Noch mit einer Keifen Verhinderung vor der Forderung: „In jedem wahrhaften Nationaltheater muß der Geist der Nation, der Träger der Majestät des Volkes, ohne alle Zwangung zu Hause sein, und sein Interesse an der Kunst zu nähren, muß ein Antriebe des Vorgehens bleiben.“ Aber die Verantwortung für das Theater, jedes Recht der Leistung und des Einpruchs sollte den fürstlichen Herren doch genommen werden, um das Theater der höheren Wohlthat des Volkes dienlich zu machen. Durch die Veranlagung des königlichen Theaters zu den beiden Berliner Hoftheatern wollte Devrient, darüber hinaus eine systematische Reorganisation zwischen den Berliner Bühnen (mehr als diese drei gab es vor hundert Jahren noch nicht herbeiführen; das Schauspielhaus sollte das „regulierende Schauspiel“, das Opernhaus Oper und Ballett und das königliche Theater das „Spektakelstuck“ und die Vögel pflegen.

Für die Verpackung der Stadttheater forderte



